

# Antragsbereich Q: Gutes Lehre, Qualitätsentwicklung und Studienreform

Antrag Q1\_15/2

---

1 Antragssteller\*in: Bundesvorstand

2  
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:  
4

## 5 **Q1\_15/2 Zeitautonomie für Studierende -** 6 **Studierfreiheit ernst nehmen und Engagement** 7 **ermöglichen**

### 8 9 I. Aktuelle Lage von Studierenden

10 Unser aller Alltag ist in ein engmaschiges Netz aus zeitlichen Anforderungen und Strukturen  
11 eingebunden, die zumeist nicht selbstbestimmt sind. Sie werden vom sozialen Umfeld, der  
12 Hochschule, der oft notwendigen Erwerbstätigkeit oder allgemein der Gesellschaft vorgegeben.  
13 Diese bloße Erkenntnis schafft jedoch noch kein politisches Programm. Es muss deshalb darum  
14 gehen, die Debatte um die sogenannte Zeitpolitik in den politischen Diskurs zu tragen und als  
15 Thema für alle Menschen und nicht nur die eine, vermeintlich „gehetzte Generation“ fruchtbar  
16 zu machen.

17  
18 Zeitpolitik bedeutet dabei zweierlei. Zunächst muss Politik in einem ersten Schritt  
19 gesellschaftliche Zeitstrukturen gestalten (Zeit als Gestaltungsgegenstand). Doch die Gestaltung  
20 gesellschaftlicher Strukturen ist kein Selbstzweck. Damit muss vielmehr der Wille einhergehen,  
21 mit der Veränderung von Zeitstrukturen auch nicht-zeitliche Sozialstrukturen zu verändern (Zeit  
22 als Gestaltungsinstrument). Unser Ziel bleibt ein selbstbestimmtes Leben für alle. Um allen  
23 Menschen die gleichen Chancen einzuräumen, gilt es, mit den Mitteln der Zeitpolitik Zeit- und  
24 damit letztlich Sozialstrukturen zu verändern.

25  
26 Insbesondere seit dem Beginn des Bologna-Prozesses 1999 erfährt die Hochschulstruktur in  
27 Europa eine grundlegende Veränderung. Die europaweite Harmonisierung von Studiengängen und  
28 -abschlüssen hatte die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums zum Ziel.  
29 Dieser sollte sich durch höchstmögliche Mobilität, internationale Wettbewerbsfähigkeit und die  
30 Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit auszeichnen. Obgleich das grundlegende Ziel  
31 unterstützenswert ist, sind die Motive sowie die einzelnen Ausprägungen keineswegs im Sinne der  
32 Studierenden. Durch die mangelhafte Einführung von Bologna (vor allem des BA/MA-Systems)  
33 aber auch durch falsche Zielsetzungen wie die Unterordnung des Studiums unter die Möglichkeit  
34 der kapitalistischen Verwertbarkeit ist die Zeit der Studierenden vollends verzweckt worden. Ziel  
35 ist heute vielfach anscheinend ausschließlich die Nutzbarkeit des Studienergebnisses für das  
36 spätere Erwerbsleben zu sein. Von einem Studium als selbstbestimmtem Lern- und Lebensprozess  
37 sind wir weiter entfernt denn je.

38  
39 Es scheint, als wären die unterschiedlichen Maßnahmen auch kaum auf ihre Folgen und  
40 Konsequenzen für Studierende und Hochschulen überprüft worden. So hat die neue zweistufige  
41 Form der Strukturierung des Studiums neben verschiedenen Vorteilen auch erhöhte  
42 Prüfungsleistungen durch modularisierte Studiengänge und eine größere Anzahl der

43 Semesterwochenstunden mit Präsenzpflcht zur Folge. Vorgegebene Curricula ohne  
44 Wahlmöglichkeiten und Freiheiten, die Studienstruktur selbst flexibel zu gestalten,  
45 Anwesenheitspflichten bei Lehrveranstaltungen und die Reduktion des Studiums auf  
46 Wissensvermittlung und -abfrage sind unterschiedliche Ausprägungen des gleichen Phänomens:  
47 Mehr und mehr findet eine Implementierung der Charakteristika der heutigen Form von Schule in  
48 der Hochschule statt. Anwesenheitspflichten zeigen dabei in besonderer Weise, dass den  
49 Studierenden nicht einmal mehr die Autonomie gewährt wird, selbst zu entscheiden, zu welchen  
50 Veranstaltungen sie gehen wollen.

51  
52 Studierfreiheit ist an den Hochschulen nicht mehr der Regelfall, sondern die Ausnahme.  
53 Freiräume - ganz gleich ob zeitlich oder räumlich - sind kaum existent. Hochschulen werden so  
54 immer mehr zu Räumen, die nicht mehr politisch sind, auch weil sie es nicht sein sollen. Die  
55 neoliberale Transformation der Hochschulen verlangt Hochschulen, die exklusive, sich außerhalb  
56 gesellschaftlicher Auseinandersetzungen befindende Orte sind. Der Mangel an (politischen)  
57 Freiräumen führt zu einem weit verbreiteten Desinteresse. Dies wird dadurch begünstigt, dass in  
58 unserem Bildungssystem politische Bildung kaum noch stattfindet. In Fachschaften ist die  
59 Mitwirkung mit 14 Prozent noch am höchsten ausgeprägt, da sie weniger als politische  
60 Einrichtungen angesehen werden, sondern unmittelbar in den Studienrealitäten verhaftet sind.  
61 Die Hochschulen bieten zwar eine Vielzahl an kleinteiligen Partizipationsmöglichkeiten; aber je  
62 abstrakter die Wahrnehmung der einzelnen Arbeitsbereiche, desto geringer wird das Interesse.  
63 Daher ist es kein Wunder, dass laut Studierendensurvey die studentische Politik bei lediglich  
64 zehn Prozent der Studierenden auf Interesse stößt und eine Mehrheit von 51 Prozent gänzlich  
65 Desinteresse an hochschulpolitischen Fragen zum Ausdruck bringt. Durch undemokratische  
66 Hochschulstrukturen und lediglich auf die Erwerbstätigkeit ausgelegte Studiengangsplanungen ist  
67 es gelungen, Politik auch an Hochschulen zu einem Nischenthema werden zu lassen. Die gewisse  
68 Wiederbelebung des Interesses an den Hochschulgremien im Jahre 2010 auf 35 Prozent  
69 (gegenüber nur 30 Prozent 2007) ist als „Strohfeuer“ im Zuge studentischer Proteste gegen den  
70 Bologna-Prozess, die damals einen Höhepunkt erreichten, anzusehen - danach ging er umso  
71 stärker, um acht Prozentpunkte zurück. Das Ergebnis sind Studierende, die zwar mehrheitlich zu  
72 sozialdemokratischen und grün-alternativen Positionen tendieren, zugleich aber ein teilweise  
73 schwer nachvollziehbares Verständnis von Demokratie haben. Die Aufgabe einer Opposition sehen  
74 sie eher in der konstruktiven Unterstützung der Regierung als in der Kritik. Ein Drittel der  
75 Studierenden lehnt die Kontrollrechte der Opposition sogar gänzlich ab. Ähnliches gilt für  
76 pluralistische Interessenvertretungen, die von 19 Prozent abgelehnt werden.

77  
78 Neben den Belastungen im mehr und mehr verzweckten Studienalltag und der damit  
79 einhergehenden Entpolitisierung besteht für viele Studierenden die Notwendigkeit der  
80 Erwerbstätigkeit neben dem Studium. Lediglich so gelingt für viele eine Finanzierung ihres  
81 Studiums, da das BAföG am realen Bedarf und damit einem Großteil der Studierenden vorbei  
82 geht. Diese Mehrbelastungen durch zu hohe Anforderungen an das Zeit- und Selbstmanagement  
83 von Studierenden und die Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit sorgen auch für eine Rückläufigkeit  
84 von gesellschaftlichem Engagement von Studierenden.

85  
86 In einer HISBUS-Studie zum gesellschaftlichen Engagement nach Bologna gab die Hälfte der  
87 Studierenden an, dass auf Grund eines sehr zeitintensiven Studiums ein gesellschaftliches  
88 Engagement für sie kaum noch möglich sei. Zugleich engagieren sich aber zwei Drittel der  
89 Studierenden nach eigener Aussage zumindest gelegentlich und wenden dafür im Schnitt sechs  
90 Stunden pro Woche auf. Zu beachten ist jedoch, dass in entsprechenden Studien jeweils ein  
91 weiter Engagementbegriff Anwendung findet, der den Befragten einen gewissen  
92 Interpretationsspielraum lässt. Das Engagement verteilt sich im Wesentlichen auf den Jugend-,  
93 Sport- und Freizeitbereich (33 Prozent), die Politik (32 Prozent), soziale Tätigkeiten (24 Prozent)

94 und Kunst und Kultur (11 Prozent). Im Gegensatz dazu geben jedoch drei Viertel aller  
95 Jugendlichen in der Shell-Studie an, dass sie sich gesellschaftlich engagieren.  
96 Hervorzuheben ist darüber hinaus, dass politisch engagierte Studierende am ehesten aus  
97 finanziell gut situierten Elternhäusern stammen, denen Sorgen der Studienfinanzierung fremd  
98 sind. Diese Studierenden wachsen vermutlich oftmals auch in ein gesellschaftliches Engagement  
99 hinein, das unmittelbar über das Elternhaus vermittelt oder durch dieses unterstützt und  
100 begünstigt wird. Auch ist in der Herkunftsgruppe der Studierenden, die aus einem finanziell  
101 schwachen Milieu stammen, die Gruppe derjenigen höher, die aussagen, dass ihnen kaum Zeit für  
102 Engagement bleibt, weil sie auf eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium angewiesen sind. Im  
103 Vergleich geben in dieser Gruppe 43 Prozent zu 25 Prozent der Studierenden aus finanziell gut  
104 situierten Verhältnissen die notwendige Erwerbstätigkeit als Engagementhemmnis an. Auch die  
105 Aussage, dass andere Tätigkeiten (wie beispielsweise die Betreuung von Familienangehörigen) so  
106 dringlich sind, dass keine Zeit für ein Engagement bleibt, findet hier mit 43 Prozent gegenüber  
107 31 Prozent mehr Zustimmung.

108  
109 Daneben spielen auch die Stressbelastung im Studium und daraus resultierende gesundheitliche  
110 Folgen eine Rolle. Die erhöhte Anzahl an Prüfungsleistungen und eine damit einhergehende  
111 dauerhafte Stresssituation führt bei vielen Studierenden zu negativen gesundheitlichen Folgen.  
112 Insofern ist es wenig überraschend, dass die Prüfungsangst unter Studierenden gestiegen ist.  
113 Diese Stressbelastung und ihre gesundheitlichen Folgen werden gesamtgesellschaftlich jedoch  
114 oftmals mit dem Verweis auf angebliche große persönliche Freiheiten im Studium  
115 heruntergespielt. Eine angemessene medizinische Behandlung von Stresssymptomen und  
116 allgemein psychischen wie physischen Erkrankungen, die zuallererst Akzeptanz voraussetzt, wird  
117 so zusätzlich erschwert.

## 118 119 **II. Staatliche Rahmenbedingungen von Engagement**

120 Bildung umfasst für uns nicht bloß kognitives Wissen, sondern auch soziales Lernen -  
121 Kompetenzen wie Kommunikations-, Kooperations- und Teamfähigkeit, Empathie und soziales  
122 Verantwortungsbewusstsein müssen Bestandteil eines ganzheitlichen Bildungsansatzes sein. Ein  
123 demokratisches Bildungssystem ist die beste Voraussetzung für mündige Bürger\*innen, die  
124 demokratische Teilhabe leben und ihre bürgerschaftlichen Kompetenzen - also Partizipations-  
125 und Mitbestimmungsfähigkeiten - in diesen Schulen der Demokratie erwerben.

126  
127 Grundsätzliches Ziel jungsozialistischer Politik muss deshalb die Entschleunigung von Studien-  
128 und Arbeitsleben aller Menschen sein. Auch studentische Zeitpolitik zielt darauf, die zeitliche  
129 Lebensqualität durch konkrete Gestaltungsmaßnahmen zu verbessern. Dadurch ist es  
130 Studierenden auch wieder einfacher möglich, sich neben ihrem Studium gesellschaftlich zu  
131 engagieren. Deshalb bleibt unser langfristiges Ziel die Ermöglichung eines Studiums für alle an  
132 ihrer Wunschhochschule, in ihrem Wunschort, in ihrem Wunschzeitraum und mit angemessenen  
133 Studienrahmenbedingungen.

134  
135 Eine Demokratie ist immer nur so stark, wie ihre Zivilgesellschaft lebendig ist. Deshalb benötigen  
136 wir heute die Vitalisierung der Demokratie und des demokratischen Gemeinwesens, damit auch  
137 der Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft wieder gestärkt wird. Es gibt über 23 Millionen  
138 bürgerschaftlich engagierte Menschen in der BRD. Die Zahl derer, die grundsätzlich bereit sind,  
139 ihre Fähigkeiten in den Dienst der Gesellschaft zu stellen, ist noch viel größer. Deshalb müssen  
140 wir verhindern, dass Engagement an fehlenden Informationen, Möglichkeiten oder Angeboten  
141 scheitert.

142  
143 Doch geht es hierbei nicht um die Indienstrafe der Zivilgesellschaft für den Staat. Es geht  
144 nicht um die Instrumentalisierung zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen für die Legitimation einer

145 vielleicht nicht so gelungenen staatlichen Politik. Engagement und Teilhabe sind zwei Seiten der  
146 gleichen Medaille. Engagement lässt sich nicht per Dekret verordnen. Wir können nur den  
147 Nährboden schaffen, in dem Kreativität und Eigeninitiative gedeihen. Deshalb muss  
148 Eigeninitiative und Kreativität schon bei der Strategieentwicklung durch  
149 Mitgestaltungsmöglichkeiten Raum gegeben werden. Dadurch fließen die Erfahrungen derjenigen  
150 ein, die sich engagieren. Es gilt, Politik für Engagierte aus ihrer Perspektive zu machen.

151

152 Gesamtstaatlich wollen wir deshalb eine abgestimmte Engagementförderung zwischen Bund,  
153 Ländern, Kommunen und Institutionen. Es braucht das Zusammenspiel der vielen  
154 unterschiedlichen Akteur\*innen unter gesamtstaatlicher Abstimmung. Bildungseinrichtungen  
155 müssen mit bürgerschaftlichen Akteur\*innen kooperieren, sodass das informelle Lernen stärker  
156 unterstützt wird. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen, die Unterstützung des  
157 unentgeltlichen, freiwilligen Engagements ist politische Querschnittsaufgabe. Es geht um  
158 Flexibilität, Handlungsfreiheit und Entbürokratisierung für die Engagierten.

159

160 Wir verkennen nicht, dass beispielsweise auch die Umstrukturierung des Studiensystems oder  
161 veränderte rechtliche Rahmenbedingungen beim Engagement neue Herausforderungen schaffen.  
162 Die Frage nach der Vereinbarkeit von Mobilität und Engagement im Studium gilt es daher so  
163 aufzulösen, dass nicht die eine Seite hinter der anderen zurückstehen muss. Es braucht deshalb  
164 staatliche Handlungsstrategien, die den Engagierten Rahmenbedingungen bieten, die ihnen  
165 erlauben, sich mit ihren spezifischen Fähigkeiten in die Gesellschaft einzubringen. Es gilt vor  
166 allem verantwortungsbewusst mit Zeit der Engagierten umzugehen, da es sich dabei um eine  
167 wertvolle Ressource handelt. Um dies zu gewährleisten, müssen hauptamtlich Tätige in  
168 Verwaltung, Politik, Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen für den  
169 Umgang mit Engagierten qualifiziert werden.

170

### 171 **III. Rahmenbedingungen an der Hochschule**

172 Damit wirklich alle Studierenden selbst entscheiden können, ob sie ein Engagement aufnehmen,  
173 müssen die unterschiedlichsten Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden. Für uns ist  
174 dabei klar, dass, um allen Studierenden die gleichen Chancen zukommen zu lassen,  
175 unterschiedliche Bildungsbiografien besondere Unterstützung erfahren müssen. Zeitautonomie  
176 bedeutet auch, dass es für Studierende mit Kind angemessene Betreuungsangebote in  
177 Hochschulnähe gibt und dass auf diverse Bildungsbiografien auch immer diversere Formen des  
178 Engagements und flexible Hochschulen als Antwort folgen. Schon beim Übergang von der Schule  
179 zur Hochschule oder Ausbildung, wie beim Übergang zwischen beiden Bildungswegen muss vom  
180 Staat gestaltend eingegriffen werden. Wir wollen, dass Studierende stetig begleitet werden. Dies  
181 soll nicht der Kontrolle, sondern ihrer Unterstützung und Absicherung dienen.

182

183 Die Absicherung von Studierendenbiografien ist aber auch in finanzieller Hinsicht Aufgabe des  
184 Staates. Wir fordern daher eine grundlegende Reform der Ausbildungs- und Studienfinanzierung,  
185 die bisher durch das BAföG geschieht. Es braucht aber keine Novellierung im Sinne der  
186 Begünstigung von gesellschaftlichem Engagement, sondern ein sozial gerechtes, eltern- und  
187 altersunabhängiges BAföG für alle, das als Vollzuschuss gewährt wird. Nur wenn allen von  
188 vornherein die gleichen Chancen eingeräumt werden, öffnen wir auch die Türen für den Start in  
189 ein selbstgewähltes Engagement.

190

191 Neben der finanziellen Absicherung von Studierendenbiografien braucht es angemessenen  
192 bezahlbaren Wohnraum für alle. Die Politik ist in der Verantwortung, diesen zu schaffen. Die  
193 Mietpreibremse war ein richtiger Schritt; daneben braucht es aber auch die Neuschaffung von  
194 Wohnraum durch Nachverdichtung und die neue Erschließung von Wohnquartieren. Wir fordern  
195 daher einen verstärkten Ausbau von Wohnheimen in qualitativ und quantitativ angemessener

196 Ausstattung und Zahl durch die öffentliche Hand und eine solide Finanzausstattung der  
197 Kommunen. Studierendenwerken muss endlich mehr Geld für die soziale Infrastruktur  
198 bereitgestellt werden. Auch muss gegen Leerstände mit Mitteln wie einer  
199 Zweckentfremdungssatzung restriktiv vorgegangen werden.

200

201 Um an den Hochschulen die Selbstentfaltung auch für Engagement möglich zu machen, braucht  
202 es neben den studiengangsbezogenen Freiräumen auch räumliche Freiräume. Es braucht an jeder  
203 Hochschule ein Studierendenhaus, das als Garant für selbstverwalteten studentischen Raum im  
204 Zentrum eines jeden Campus wirken kann. Erst durch Freiräume können auch politische Räume  
205 entstehen. Zugleich muss aber der gesamte Campus ein Raum sein, an dem sich alle Menschen  
206 wohl und sicher fühlen. Deshalb gilt es, Angsträume zu identifizieren und zu überwinden.

207

208 Um Engagement möglich zu machen, wollen wir auch die Möglichkeiten der sozialen Medien  
209 nutzen. Am Anfang eines jeden Engagements steht die Kommunikation. Ein Großteil der  
210 Menschen engagiert sich, weil sie direkt angesprochen und um Unterstützung gebeten werden.  
211 Ein Großteil der Kommunikation findet heute über das Internet statt. Diese Form des sozialen  
212 Dialogs wollen wir nutzen und allen Menschen gleichsam ermöglichen. Die Möglichkeiten der  
213 Digitalisierung vereinfachen die Kommunikation, erleichtern die Partizipation, erhöhen die  
214 Reichweite von Informationen und ändern die Art ihrer Verbreitung. So gibt es schon heute neue  
215 Möglichkeiten des Engagements, das entweder online stattfindet oder in einem ersten Schritt  
216 online koordiniert wird.

217

218 Wir erkennen die freiwillige Entscheidung für oder gegen ein Engagement an. Doch zunächst geht  
219 es darum, allen überhaupt ein Engagement möglich zu machen. Dafür muss das Studium  
220 flexibilisiert werden, was auch eine Abschaffung der Regelstudienzeit und das Aufbrechen  
221 festgelegter Studienordnungen beinhaltet. Studiengänge müssen im Sinne der Studierenden  
222 flexibler gestaltbar und insgesamt interdisziplinärer werden. So wird allen das Studium der  
223 jeweiligen Wunschinhalte ermöglicht, ohne dass sie in vorgegebene Strukturen gezwungen  
224 werden. Um zeitliche Freiräume zu schaffen, braucht es in den Semesterferien festgelegte  
225 Zeiträume, in denen keine Prüfungen stattfinden dürfen. Doch auch die  
226 Freistellungsmöglichkeiten bei sichergestellter Studienfinanzierung für ganze Semester müssen  
227 ausgeweitet werden.

228

229 Daneben wollen wir das Teilzeitstudium für alle Menschen deutlich aufwerten. Dabei stellen wir  
230 uns der Entgrenzung von Freizeit und Studium entgegen. Ähnlich wie im Berufsleben muss auch  
231 das Studium einen ausreichenden Freiraum zur Selbstentfaltung lassen. So wollen wir  
232 Engagement, kulturelle Teilhabe oder eben die Erfüllung privater Verpflichtungen ermöglichen.  
233 Darüber hinaus sind die Möglichkeiten der Digitalisierung in der Lehre zu nutzen, um Teilhabe für  
234 alle am Studium zu ermöglichen. Dadurch soll die Präsenzlehre nicht verdrängt werden. Wir  
235 verstehen die Digitallehre als ihre logische Ergänzung.

236

237 Freiraum bedeutet aber auch, dass die Menschen selbst entscheiden können, wann sie lernen  
238 möchten. Darauf müssen die Öffnungszeiten von Bibliotheken und Instituten Rücksicht nehmen.  
239 Gleichzeitig stehen wir als sozialistischer Richtungsverband für gute Arbeitsbedingungen der  
240 Beschäftigten ein und fordern daher die angemessene Entlohnung dieser Nachtarbeit. Auch  
241 Anwesenheitspflichten verhindern vielerorts die Teilhabe von zeitlich eingeschränkten  
242 Studierenden und sind daher abzuschaffen. Es handelt sich um den Zwang an einer Veranstaltung  
243 der Hochschule teilzunehmen; es geht dabei weder um aktive Beteiligung noch um eine  
244 kooperative Gestaltung von Lehrformaten, sondern einzig um die Pflicht, körperlich anwesend zu  
245 sein. Schon in ihren Strukturvorgaben von 2009 haben sich die Bundesländer in der  
246 Kultusminister\*innenkonferenz auf eine Abschaffung der Anwesenheitspflichten geeinigt. Aber

247 rechtsverbindlich ist dieser Beschluss nicht; die Länder müssen ihn erst individuell in ihren  
248 Hochschulgesetzen umsetzen, was jedoch bisher nicht ausreichend geschieht. Die Untätigkeit  
249 vieler Bundesländer bedeutet eine ständige Verletzung der Studierenden in ihrem Grundrecht auf  
250 Studierfreiheit. Doch nicht nur die juristischen Argumente sprechen gegen eine allgemeine  
251 Anwesenheitspflicht. Auch fehlt ihr eine didaktische Begründung. Die Studierenden zur  
252 körperlichen Präsenz zu zwingen und zu hoffen, dass dadurch eine kontroverse Debatte in  
253 Veranstaltungen zustande kommt, ist schlicht naiv. Die Studierenden belohnen vielmehr auch  
254 heute schon innovative Lehrkonzepte und von ihrem Stoff begeisterte Dozierende durch ihre  
255 freiwillige Präsenz. Das Studium lebt gerade von der Eigeninitiative, dem eigenständigem Denken  
256 und der Selbstverantwortung der Studierenden. Studierende und Lehrende sollten sich auf einer  
257 Ebene freier Individuen begegnen. Die akademische Freiheit gilt eben nicht nur für  
258 Professor\*innen - vielmehr genießen auch Studierende den Schutz der Freiheit von Bildung und  
259 Forschung, der charakteristisch für das wissenschaftliche Studium ist.

260  
261 Die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich zu engagieren, kommen oft nicht von selbst, sondern  
262 müssen erworben und gefördert werden, brauchen Anregungen, Freiräume und Vorbilder.  
263 Gleichzeitig ist der Zugang zum Engagement heute sozial ungleich verteilt. Ziel muss es deshalb  
264 sein, alle Studierenden zum gesellschaftlichen Engagement zu ermutigen und zu befähigen. Um  
265 alle Menschen an ein Engagement heranzuführen, braucht es entsprechende freiwillige  
266 Mentoring-Programme an den Hochschulen.

267  
268 Engagement ist jedoch auch zwischen Geschlechtern ungleich verteilt. Trotz vorhandenen  
269 Interesses bleibt beispielsweise die Mitarbeit weiblicher\* Studierender in politischen Gruppen  
270 geringer als bei Männern. Im Gegensatz dazu überwiegt der Anteil von Frauen\* in  
271 gesellschaftspolitischen Feldern, die eine starke idealistische Motivation voraussetzen. Unser Ziel  
272 ist daher eine gendergerechte Zeitpolitik, damit das gesellschaftlich konstruierte Geschlecht bei  
273 der Auswahl des gesellschaftlichen Engagements keine Rolle mehr spielt. Dafür müssen sich auf  
274 der einen Seite die Rahmenbedingungen verändern, damit am Campus die Voraussetzungen für  
275 Zeitautonomie für alle bestehen. Auf der anderen Seite müssen sich jedoch auch Verbände  
276 verändern und offener und partizipativer werden. Zum Erreichen einer inklusiven  
277 Hochschullandschaft müssen strukturelle Barrieren beseitigt und Partizipationshürden  
278 überwunden werden. Dafür ist eine Erweiterung der Beratungs- und Weiterbildungsangebote  
279 notwendig.

280  
281 Institutionalisiertes und freies Engagement sind für uns keine Widersprüche sondern können sich  
282 erfolgreich ergänzen. Es braucht einerseits die Möglichkeit der Mitwirkung an den Hochschulen.  
283 Das ist nur durch eine grundlegende Demokratisierung von Hochschulen möglich. So könnten  
284 endlich verfasste Studierendenschaften mit allgemeinpolitischem Mandat gemeinsam mit den  
285 Studierendenwerken die ersten Anlaufstellen für studentisches Engagement werden und in  
286 diesem Bereich auch eine kompetente Beratung sicherstellen. Andererseits sollen aber auch freie  
287 studentische Initiativen unterstützt werden. Bei beiden Formen des Engagements muss an  
288 Hochschulen, die als Teil der Gesellschaft begriffen werden, ein transparenter Informationsfluss  
289 zwischen Hochschule und Gesellschaft sichergestellt werden. Gesellschaftliches Engagement  
290 muss daneben eine staatliche Unterstützung durch die unkomplizierte Finanzierung von  
291 Sachmitteln erfahren.

292  
293 Im gesellschaftlichen Engagement erworbene Fähigkeiten müssen eine stärkere Wertschätzung  
294 erfahren, wofür es vergleichbare und aussagekräftige Nachweisstrukturen braucht. Sie sollen als  
295 Studienleistungen im Bereich der Schlüssel- und Fachkompetenzen berücksichtigt werden. Doch  
296 im Engagement findet auch der Erwerb sozialer und personaler Fähigkeiten, die das Lernen in  
297 Schule und Hochschule ergänzen können, statt. Deshalb müssen verlässliche und transparente

298 Strukturen verstetigt, neu geschaffen und bekannt gemacht werden, damit eine systematische  
299 Qualifizierung, Weiterbildung und Begleitung von freiwillig engagierten Menschen möglich ist.

300

#### 301 **IV. Mitgestaltungsmöglichkeiten durch Zeitautonomie**

302 Wir wollen das Studien- und Arbeitsleben entschleunigen. Es gilt, Zeitstrukturen so zu gestalten,  
303 dass auch soziale Strukturen Veränderungen erfahren. Soziale Strukturen sollen in einer  
304 demokratischen Gesellschaft so gestaltet werden, dass allen ein Engagement neben der Schule,  
305 dem Studium, der Ausbildung oder Erwerbstätigkeit möglich ist, wenn sie dies möchten. Dieses  
306 Engagement gilt es einer neuen Form der Anerkennung zukommen zu lassen, denn es ist  
307 grundlegendes Element einer offenen aber auch kritischen Gesellschaft. Engagement und  
308 demokratische Teilhabe gehören für uns untrennbar zusammen. Gemeinsam sind sie die  
309 wesentlichen Gestaltungsmöglichkeiten des einzelnen Menschen innerhalb eines demokratischen  
310 Gemeinwesens. Diese Gestaltungsmöglichkeiten müssen alle gleichermaßen verwenden können.  
311 Deshalb stehen wir für eine Zeitpolitik, die Studierfreiheit ernst nimmt und Engagement  
312 ermöglicht. Nur so schaffen wir Zeitautonomie für Studierende.